Gastkommentar. Freizeit und Erholung: Die Ansprüche an den Wald werden immer höher, der Stress für Wildtiere auch.

Das Wild und sein Lebensraum

VON FRANZ MAYR-MELNHOF

Der reiche Jäger, der wild um sich ballert und Schwammerlsucher und Mountainbiker des Waldes verweist. So wird das Bild des Jägers medial gern gemalt. Dabei werden von Kritikern Argumente ins Treffen geführt, die dazu führen, dass in der Öffentlichkeit ein Bild von der Jagd gezeigt wird, das der Realität nicht ansatzweise entspricht.

Die Jagd im 21. Jahrhundert steht aber in der Tat vor großen Herausforderungen. Das liegt weniger am Jäger als an der sich wandelnden Gesellschaft. Wald und Wild sind eine Symbiose, denn der Wald ist der natürliche Lebensraum unseres Wilds. Doch er gehört dem Wild nicht mehr allein.

Täglich wird es durch freizeitsuchende Waldbesucher gestört: Geocatcher, Boulder, Tourengeher, Skifahrer, Spaziergänger, Mountainbiker, Schwammerl- und Beerensucher. Dank modernster Technologien gönnt der Mensch dem Wild keine Ruhe mehr. Die ersten Schwammerlsucher kommen oft vor Morgengrauen in den Wald, die letzten Mountainbiker verlassen ihn, mit Stirnlampen bewaffnet, oft weit nach Sonnenuntergang.

Was das für das Wild bedeutet, darüber macht sich aber kaum jemand Gedanken. Im vergangenen Jahrhundert hat der Mensch das Wild zunehmend seines Lebensraums beraubt. In der Ebene betreiben wir eine Siedlungswirtschaft und monokulturelle Landwirtschaft, ernten mittels modernster Erntetechnik in kürzester Zeit Hunderte von Hektar und nehmen so dem Wild Nahrung und Lebensraum. Weit über der Baumgrenze versuchen wir jeden Quadratmeter Alm für den Tourismus zu nutzen: Skipisten, Rodelbahnen, Wanderwege und Mountainbikestrecken.

Spielregeln beibringen

Die große Herausforderung des Jägers ist es, diese Interessen mit Wild und Wald unter einen Hut zu bekommen. Das soll nicht heißen, den Waldbesucher aus dem Wald zu bekommen, sondern, ihm gewisse Spielregeln beizubringen. In vielen Revieren funktioniert dieses Miteinander reibungslos. Umso wichtiger ist es, den Waldbesucher weiter für Wald und Tiere zu sensibilisieren. Zum Wohl des Wilds, nicht des Jägers.

Ein Wanderer kündigt sich dem Wild durch Bewegungsgeräusche oder Stimmen an. Verlässt dieser die markierten Steige und Forststraßen nicht, hat sich das Wild vielfach an ihn gewöhnt, und der Besucher kann die Tiere oft aus nächster Nähe beobachten. Verlässt er den Steig aber nur um wenige Meter, flüchten die Tiere ruckartig.

Wie Raubwild

Mountainbiker und Skitourengeher kündigen sich dem Wild selten an und ähneln in ihrer Geschwindigkeit und dem Überraschungseffekt dem Raubwild. Das Wild muss sich unter großem Stress in Sicherheit bringen. Wenn im Winter meterweise Schnee fällt und die gesamte Äsung abdeckt, schaltet der Organismus des Wilds auf Notbetrieb.

Eigentlich könnte es so gut überwintern, doch viele Tourenskigeher und Wanderer akzeptieren weder Schonzeiten noch -gebiete, und das Wild muss von einer Sekunde auf die andere vom Energiesparmodus auf maximale Belastung umstellen. Eine Umstellung, die nicht selten tödlich endet.

Die Jagd ist die intensivste Auseinandersetzung mit der Natur. Das Forstgesetz definiert den Wald auch als Erholungsgebiet der Bevölkerung. Das ist auch gut so. Der Mensch darf dabei aber nicht außer Acht lassen, dass jeder Schritt im Wald ein Schritt im Lebensraum des Wilds ist. Nur durch gemeinsame Akzeptanz dieses Lebensraums können wir dafür sorgen, dass es auch in Zukunft ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Wald, Wild und Mensch gibt.

Der Autor ist Waldbesitzer und stellvertretender steirischer Landesjägermeister.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**



Die Universitäten – im Bild die Hauptuni in Wien – sind diesen Sommer ins Zentrum einiger Diskussionen gerückt. [Clemens Fabry]

Die Uni-Gagendiskussion legt Grundprobleme bloß

Gastkommentar. Österreichische Universitäten zwischen Kompetenzkonflikt und Privilegiendiskussion.

VON PETER HILPOLD

Letzthin haben es die in der Öffentlichkeit ansonsten eher marginal zur Kenntnis genommenen Universitäten zu erstaunlicher Medienpräsenz gebracht: Die Diskussion um die fürstlichen Gagen der Ratsmitglieder der Medizin-Universität Innsbruck und das Interesse des Bundeskanzlers an Universitätsfragen, die an und für sich nicht in sein Ressort fallen, sind nur die aktuellsten Beispiele.

Diese Diskussion ist wichtig, wenngleich die Gefahr besteht, dass sie auf Anekdoten oder Personalien reduziert wird bzw. im erstgenannten Fall dazu verwendet wird, ein ephemeres Publikumsinteresse an lokalisierbaren Skandalgeschichten zu bedienen. Tatsächlich bringen diese Ereignisse aber eine viel breitere Problematik zum Ausdruck, die nun – endlich – angegangen werden sollte.

Anekdotische Evidenz ohne Ergründung der breiteren Zusammenhänge kann nämlich allzu leicht durch Gegenbeispiele oder eine Partikularrechtfertigung entkräftet werden. So ist beispielsweise eine Entschädigung für ein Ratsmitglied in der Höhe von 30.000 Euro jährlich sicherlich beachtlich, mit entsprechendem Zeitaufwand und dem Nachweis von Spezialkompetenz aber auch rechtfertigbar.

Stein des Anstoßes

Der eigentliche Stein des Anstoßes ist ein anderer: die großen Unterschiede bei der Festlegung dieser Honorare österreichweit, das völlige Fehlen von Parametern dafür, die unklare Definition der Aufgaben der Universitätsräte in § 21 UG 2002 (beispielsweise was ihre Aufsichtsfunktion anbelangt) und die Möglichkeit der Räte, ihre Honorierung selbst zu bestimmen.

Zwar soll diesem zuletzt genannten Manko durch eine Ministerialverordnung begegnet werden, die einen Rahmen definieren wird, aber damit wird nur ein Mangel von vielen ansatzweise behoben. Das UG 2002 erfährt damit eine weitere Reparatur, ohne dass die Grundprobleme behoben würden, die dieses Gesetz immer wieder unter Beweis stellt, wobei diese Probleme aufgrund ihres technischen Charakters einem breiteren Publikum vielfach nicht einmal vermittelbar sind, weshalb auch das entsprechende politische Interesse dafür fehlt.

Die Gagendiskussion ist diesbezüglich als Ausnahme zu sehen, die nicht überbetont werden sollte. Das Grundproblem ist ein anderes: Das UG 2002 weist schwere strukturelle Defizite auf, die über Einzelkorrekturen nicht behebbar sind. Damit wird allein die Optik verfälscht und der durch dieses Gesetz geschaffenen Schieflage nicht wirklich begegnet. Dabei waren die Beweggründe für die Reform des Jahres 2002 durchaus nobel und vernünftig.

Die staatlichen Universitäten hatten sich zu vielfach unbeweglichen Kolossen verwandelt, ❯

PIZZICATO

Ohne U4

Hast du die Medikamente eingepackt, samt Trinkflasche? Ist das Handy aufgeladen?“ Cleo, das Familienoberhaupt, kümmert sich an diesem herrlichen Morgen nicht nur um die Tochter, die zwei Kater Burschi und Moppel, sondern erstaunlicherweise auch um den Mitbewohner – einst Familienoberhaupt, bis Christian Broda auch dem ein Ende gesetzt hat. Nebbiche Reform!

Aber vom Leid eines emeritierten Familienvaters sei hier nicht die Rede. Es geht um die jüngste Expedition. Sie ist nur wagemutigen, kühnen Draufgängern anzuraten. Der Start erfolgt in Ober St. Veit, wo die kleine Familie tränenreichen Abschied vom männlichen Mitbewohner nimmt und Moppel und Co. schmerzlich maunzen. Das Ziel heißt: Hainburger Straße im Dritten. Das erste Wegstück gestaltet sich noch recht komfortabel, mit dem Auto bis zur Endstation der Tramway Nr. 58 in Unter St. Veit. Man zuckelt durch hübsche Gegenden, nimmt teil am Familienleben all jener, die entlang der Äußeren Mariahilfer Straße leben müssen. Beim Westbahnhof runter in die Katakomben, eingequetscht in der U3 erreichen wir den Kardinal-Nagl-Platz. 75 Minuten sind ein guter Schnitt. Ins Steirische brauchen wir 60 Minuten. Dafür entgeht uns jene wienerische Melange, die auf einige wenige vielleicht inspirierend wirkt. Sei gegrüßt, liebes Wien! Bis September! (hws)

Reaktionen an: **hans-werner.scheidl@diepresse.com**

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Vernünftige Rückkehr zu „Kerneuropa“

„Auch eine schwache Union ist immer noch besser als gar keine“, Leitartikel von Jakob Zirm, 16. 8.
Mit gesteigertem Interesse las ich Zirms ausgewogene EU-Analyse. Mir gefielen vor allem seine beiden Varianten für die Zukunft dieser holprigen Gemeinschaft: entweder eine „Vertiefung“ (?) der Mitgliedsländer oder „zurück zu einer losen Wirtschaftsunion“. Die erste Variante würde sicherlich eine „Vertiefung“ der griechischen Schulden, der rumänischen und bulgarischen Korruption mancher Kreise, des ungarischen Chauvinismus und des österreichischen Nettozahlens bedeuten. Die zweite Variante wäre eine vernünftige Rückkehr zum „Kerneuropa“ der wirtschaftlich starken Länder, eine neue Form der EWG und eine diesbezügliche Verkleinerung des Euroraumes. Der einzige Verlierer wäre dann die Exportwirtschaft der „Starken“, die neue Märkte suchen müssten.

Per Saldo wäre dieser einzig realistische Blick in die Zukunft für die kommenden Generationen um vieles billiger als das jetzige Herumwursteln der kostspieligen EU-Bürokratie, die ohnedies in der Flüchtlingsinvasion untergehen wird; und leider wir mit ihr.
Prof. Dr. Peter Stiegnitz, 1070 Wien

Datenhungrigefreie Zone

„Der Datenhunger der Wiener“, von Andreas Wetz, 11. 8.
Zum Ausgleich müssten die öffentlichen Verkehrsmittel für die nicht elektronisch, digital und smartphonisch zwangsbeglückten (um nicht versklavt zu sagen) Menschen, die einfach nur ruhig von A nach B fahren möchten, datenhungrigefreie Zonen einrichten.
Dr. Otto Fessl, 1090 Wien

Stabiler und attraktiver Markt für Investitionen

Urschitz meint: „Die Türkei ist ein ökonomischer Zwerg“, 11. 8.
Die türkische Wirtschaft, die Sie als Zwerg bezeichnen, hat im ersten Quartal dieses Jahres ein Wachstum von 4,8 Prozent verzeichnet und rangierte unter den ersten fünf der am stärksten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Es gibt kein konkretes Anzeichen dafür, dass die türkische Wirtschaft, deren Wachstum in den vergangenen zehn Jahren im Durchschnitt bei 4,7 Prozent lag, nach dem Putschversuch vom 15. Juli von diesem Trend abweichen wird.

Dieser „ökonomische Zwerg“ hat seit Beginn der globalen Wirtschaftskrise im Jahr 2009 Arbeitsplätze für sieben Mio. Menschen geschaffen. Auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Eckdaten verzeichnet die türkische Wirtschaft einen gesunden Verlauf. Während heute viele EU-Länder den von ihnen festgelegten Maastricht-Kriterien nicht entsprechen ❯

in denen ein auf die Spitze getriebenes Gremienwesen, eine überbordende Bürokratie und ein nicht zu leugnender politischer Einfluss die Gefahr heraufbeschworen hatten, dass die österreichischen Universitäten der internationalen Konkurrenz des 21. Jahrhunderts nicht mehr standhalten würden.

Regelungsfreier Raum

Tatsächlich wurde aber der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben. Was sich in der NLP-Rhetorik als Entbürokratisierung, Zurückdrängung ministeriellen Einflusses und Entlassung in die Eigenverantwortung mit Kontrolle der Regeleinhaltung durch Evaluation liest, war in der Praxis die Schaffung eines weitgehend regelungsfreien Raums mit zahlreichen Rechtsunsicherheiten und einer enormen Entscheidungsgewalt durch die Leiter der Organisationseinheiten, ohne dass dieser Machtfülle eine wirksame Kontrolle gegenübergestellt worden wäre.

Dies beginnt mit den unklaren Kontrollbefugnissen des Rats, dem nur bei schwerwiegenden Rechtsverstößen von Universitätsorganen eine Berichtspflicht obliegt bis hin zu fehlenden bzw. völlig unklaren Zuständigkeiten der Gerichtsbehörden in Universitätsfragen und einer Aufsichtsfunktion des Ministeriums gemäß § 45 UG 2002, die dem Beschwerdeführer keine Parteistellung einräumt und keinerlei weiteren Überprüfung durch unabhängige Instanzen unterliegt.

Nur Alibifunktion

Ob der unterstellte akademische Ethos von universitären Leitungsorganen eine grundlegende Ausnahme von dem einen Rechtsstaat grundsätzlich durchwirkenden Check-and-balances-Gedanken rechtfertigt, müsste zumindest weiter diskutiert werden. Die viel gepriesenen Evaluierungen erfüllen in der Universitätspraxis vielfach nur eine Alibifunktion.

Sie werden mit großer zeitlicher Verzögerung durchgeführt, und fallen sie ausnahmsweise einmal kritisch aus, bleiben sie regelmäßig ohne wirkliche Konsequenzen, obwohl § 14 Abs. 8 UG 2002 eigentlich verlangt, dass „die Ergebnisse aller Evaluierungen den Entscheidungen der Universitätsorgane zugrunde zu legen“ sind.

Die österreichischen Universitäten, als weitgehend vom Staat – und damit dem Steuerzahler – finanzierte Selbstverwaltungskörper ohne wirksame Kontrolle nehmen damit eine völlig einzigartige Rolle in der österreichischen Rechtsrealität ein, die – wie für eine parlamentarische Demokratie üblich – ansonsten jede Entscheidungsebene mit Gegengewichten versieht.

Ein akademisches Beispiel: Was tun, wenn an einer Universität Teile des Lehrpersonals in breitem Maß ihren Lehrverpflichtungen nicht nachkommen und die Aufsichtsgremien sich als unzuständig erklären oder sich weigern, die Verstöße zur Kenntnis zu nehmen?

Marktkontrolle ohne Markt

Neben einer Eigenkontrolle kraft akademischen Ethos und nahezu grenzenlosem Vertrauen in Weitblick und Uneigennützigkeit der Leitungsorgane beruht das UG 2002 auf dem Grundgedanken einer Marktkontrolle ohne Markt – und verweist damit die Kontrolle in die Fantasiewelt.

Und damit ist auf die zweite kleinere Sensation dieses Sommers überzuleiten: das plötzliche parteiübergreifende Interesse an Universitätsfragen, gleichsam als würden die Universitäten vom Stiefkind zur umworbenen Braut. Diese Entwicklung sollte nicht als koalitionärer Zankapfel in einem ausgreifenden Kompetenzkonflikt gesehen werden: Abgesehen von den zweifelsohne klar definierten Ressortzuständigkeiten besteht ebenfalls unzweifelhaft ein gesamtstaatliches Interesse an einer Verbesserung der Situation der Universitäten und an den Universitäten.

Dazu ist eine grundlegende Reform des UG 2002 – mit einer Neubestimmung der Kontrollfunktionen, der Schaffung von leistungsorientierten Karrieremöglichkeiten für Jungwissenschaftler und einer Neuaufstellung der Finanzierungsregelung – unzweifelhaft und zeitnah notwendig. Eine solche Reform setzt einen breiten parteienübergreifenden Konsens und eine entsprechende Zusammenarbeit voraus.

Diese Diskussion wird übrigens gegenwärtig europaweit geführt. Sie ist in Österreich, das mit seinem autokratischen Governance-Modell am weitesten gegangen ist (der Slogan „Ein Modell, um das uns alle beneiden“ ist Wunschvorstellung geblieben), am dringendsten notwendig.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

DER AUTOR



Dr. Peter Hilpold ist Professor für Völkerrecht, Europarecht und Vergleichendes Öffentliches Recht an der Universität Innsbruck; Lehrtätigkeit auch an der Universität von Padua. Er ist Autor von über 200 Publikationen und Träger zahlreicher wissenschaftlicher Auszeichnungen. [Privat]

QUERGESCHRIEBEN



VON RUDOLF TASCHNER

Tage, an denen wir wieder von Neuem zu lesen anfangen – 7. Teil

Über Joseph Roth, den Romancier eines Österreich, das er nicht als Nation, sondern als „Übernation“ verstand, als „einzige Übernation, die in der Welt existiert hat“.

Es mag ein Trauma gewesen sein, das Joseph Roth zum Schreiben verführt hat: Seinen Vater, Nachum Roth, hat er nie gekannt. Nachum Roth, Getreidehändler einer Hamburger Firma, musste von Josephs Geburtsort, Brod, am östlichsten Rand des zur Habsburgermonarchie gehörenden Galiziens, wegen einer vermuteten Veruntreuung von Waren nach Hamburg reisen, erlitt auf der Rückreise psychische Störungen, wurde als unheilbar Kranker zunächst in eine Anstalt gesteckt und siechte schließlich bei seinen westgalizischen Verwandten dahin. Der Sohn Joseph verkraftete das Fehlen des Vaters nicht. Er schwindelte seiner Umgebung und auch sich selbst vor, er sei der uneheliche Sohn eines österreichischen Offiziers, eines polnischen Grafen, eines Wiener Munitionsfabrikanten.

> Im Titel seines Romans „Flucht ohne Ende“ spiegelt sich Roths Dasein wider: Roth war immer auf der Flucht.

Schließlich wurde das Vaterland für ihn zum Vaterersatz. Es war das untergegangene Vaterland, dessen Zerfall aus seiner Sicht mit dem Tod des alten Kaisers besiegelt war. Der damals gerade eingerückte Soldat Joseph Roth stand im Spalier entlang des Beerdigungszuges und sah an einem düsteren Novembertag des dritten Jahres eines widersinnigen und mörderischen Krieges den Katafalk von Franz Joseph an sich vorüberziehen.

Im Titel seines Romans „Flucht ohne Ende“ spiegelt sich Roths Dasein wider: Roth war immer auf der Flucht. Aus dem östlichsten Winkel der Monarchie nach Wien, dann als für linksliberale und sozialistische Blätter schreibender Journalist nach Deutschland, dann nach Polen, dann wieder in den Westen, nach Frankreich. In Paris ist er gestorben, und an seinem Grab standen deutsche Sozialisten, österreichische Monarchisten, gläubige Katholiken, orthodoxe Juden. Alle diese haben ihn für sich in Anspruch genommen. Und er gehörte in gewisser Weise ihnen allen, vor allem aber gehörte er der Literatur.

Joseph Roth floh nicht nur von einem Land ins andere, er floh in die Kindlichkeit, er floh in die Illusion, er suchte Zuflucht in der Mystik, er suchte Zuflucht im Alkohol. Der Alkohol war sein Glück, denn ohne ihn hätte er nie die Werke geschaffen, die ihn unsterblich machen. Der Alkohol war sein Unglück, denn am Alkohol ist er zugrunde gegangen. Reich-Ranicki nennt ihn einen „der unterhaltsamsten Schriftsteller des Jahrhunderts und zugleich einen Erzähler hohen und höchsten Ranges; diese Verbindung ist einzigartig“.

Der heutige 18. August, noch dazu im hundertsten Todesjahr des von Roth eigenartig mystisch verehrten Franz Joseph, veranlasst, zu Roths größtem Meisterwerk zu greifen, zum „Radetzkymarsch“. In seinem Berliner Lieblingslokal, Mampes gute Stube, hat er in den letzten Monaten vor Hitlers Machtergreifung, wie sich Wolf Jobst Siedler erinnert, am Manuskript gefeilt, „und seine Trauer über den Untergang Habsburgs und des uralten Kaisers war wohl die Trauer über den Untergang des alten Europa“.

Einerseits gab er sich der Illusion einer damals besseren Welt hin, die in Wahrheit so gut nicht war. Andererseits schrieb er prophetische Worte, die den Untergang Kakaniens als Metapher eines größeren Zerfalls erahnen lassen: „Ja, es scheint, dass Gott selbst die Verantwortung für die Welt nicht mehr tragen will. Es war damals leichter! Alles war gesichert. Jeder Stein lag auf seinem Platz. Die Straßen des Lebens waren wohl gepflastert. Die sicheren Dächer lagen über den Mauern der Häuser. Aber heute“, fährt Roth fort, „heute liegen die Steine auf den Straßen quer und verworren und in gefährlichen Haufen, und die Dächer haben Löcher, und in die Häuser regnet es, und jeder muss selber wissen, welche Straße er geht und in was für ein Haus er zieht.“

Nur die Anmut der Sprache tröstet. So in Sätzen wie diesen: Er „sah zum Himmel hinauf, von den ruhigen Sternen kam kein Rat, kälter waren sie als der Schnee ringsum. Finster waren die Häuser, taubstumm die Gassen, der Nachtwind zerblies den Schnee zu Staub.“

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Zum Autor: Rudolf Taschner ist Mathematiker an der TU Wien und betreibt mit seiner Frau und Kollegen der TU Wien das Projekt Math.space im Wiener Museumsquartier.

Morgen in „Quergeschrieben“: Christian Ortner.

---

können, erfüllt die Türkei diese. Sie weist sowohl bezüglich des Anteils des öffentlichen Schuldenstands gemessen am BIP als auch bezüglich des Anteils des öffentlichen Defizits gemessen am BIP eine viel bessere Leistung auf als der EU-Durchschnitt. Dass der Anteil der Türkei am Export von Österreich bei einem Prozent liegt, ist richtig. Auch der Anteil von Österreich am Export der Türkei ist auf diesem Niveau. Jedoch sollte bei Betrachtung der Exportleistung der Türkei nicht vergessen werden, dass sie auch einen Binnenmarkt von 80 Mio. Menschen hat. Zudem hat die Türkei in Bezug auf die industrielle Produktion eine starke Infrastruktur, über die gegenwärtig auch in Europa nur wenige Länder verfügen. Vor diesem Hintergrund wäre meines Erachtens die richtige Herangehensweise, die Schritte von beiden Seiten zu fördern, die auf eine ausgeglichene Steigerung des Handelsvolumens zwischen der Türkei und Österreich abzielen. Ein besonders erfreulicher Umstand ist, dass österreichische Firmen, die mit den Tatsachen vertraut sind, die Türkei weiterhin als stabilen und attraktiven Markt für Investitionen ansehen.

Kaan Orbay, Geschäftsträger a. i., Botschaft der Republik Türkei

Leistungsbereitschaft wird vomStaat torpediert

„. . . Die zornigen weißen Männer kommen“, „Quergeschrieben“ von Martin Engelberg, 16. 8.

Es ist nicht nur die Personengruppe der „zornigen weißen Männer“, die den Glauben an eine Gestaltungsmöglichkeit des eigenen Lebens durch die eigene Arbeitskraft und Leistungsbereitschaft zu verlieren droht, diese Frustration hat auch viele andere Personengruppen erreicht. Der österreichische Staat schützt – und das auch nur selektiv – nicht nur Hilfsbedürftige, sondern leider mehr und mehr auch Leistungsunwillige. Hinzu kommt, dass von öffentlichen Stellen – dazu zählt leider auch die sogenannte Unternehmervertretung Wirtschaftskammer – unternehmerischer Einsatz, Risikowillen und Investitionsbereitschaft allzu oft nicht begrüßt, sondern als Erste abgewehrt und behindert werden. Das Beispiel der jüngsten Gastgartenregelung in Wien Innere Stadt ist nur eines unter vielen, lächerliche Regelungen des Gewerberechts umfassen viele weitere. Allerdings wird es nicht ausreichen, die Gießkannen unseres teuren und ineffizienten Sozialstaates restriktiver einzusetzen und von uns Bürgern mehr Arbeitseinsatz gegen eine Verbesserung der Lebensqualität zu verlangen. Solange unser Staat die erhöhte Leistungsbereitschaft seiner Bürger sofort durch scharfe, exorbitante Steuerbelastungen und die gleichzeitige Bevorzugung von erbschaftsberechtigten Nichtleistungsträgern, beamteten Frühpensionären und anderen unzähligen wohlsituierten Klientelgruppen selbst torpediert, werden populistische Rattenfänger auch ohne Lösungskompetenz in Zukunft ungebremsten Zulauf haben.

Dr. Georg Göbel, 6179 Ranggen

Christian Ortners Manifest des Zynismus

Zum „Quergeschrieben“ von Christian Ortner, 12. 8.

Die als eine Art „fake“ scheinbar (!) naive Frage im Titel „Warum sollen sich Antisemiten über Judenmorde empören?“ hat nicht nur ganz augenscheinlich einen zynischen Touch, sie ist nach der Aufklärung, nach der Schoah und nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in dieser Reihenfolge bedacht, eine anmaßende Grenzüberschreitung des Autors.

Ortners scheinbare Naivität des Staunens über Sibylle Hamanns menschenrechtliches Engagement (etwas verschwurbelt von Ortner als Phantasmagorie „aus dem linken Milieu“ denunziert) geht darauf zurück, dass er die Allgemeinen Menschenrechte der UNO in seinem Artikelchen im Zeichen des ungefilterten Neoliberalismus als Wertesystem den Aufrufen/Propheterien und Wutmanifesten der zitierten Hassprediger gleichstellt.

Diese Attitüde der Verachtung unserer schwer erkämpften Werte in der Geschichte des Westens (Heinrich Winkler hat ihnen einige wichtige Bände seiner Forschungsarbeit gewidmet) ist nicht einmal ein getarnter journalistischer Kunstgriff.

Sie, die Attitüde, offenbart nur die Verfasstheit des Autors, dem zu Menschenrechten, Antisemitismus und Judenmorden nichts anderes einfällt als zynische Klischees.

Dr. Bernd Gallob, 1130 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE
Leitung: Burkhard Bischof
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte im Internet: DiePresse.com/debatte
Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.